

Regierungsumbildung in Frankreich

Ein neues Gesicht macht noch keine neue Politik

NINA BELZ

Wäre es nach den französischen Medien gegangen, wäre Élisabeth Borne schon lange nicht mehr im Amt. In den letzten zwanzig Monaten wurde mindestens schon zwei Mal – notabene tagelang – über den Rücktritt der Premierministerin spekuliert. Vorangegangen waren jeweils politische Turbulenzen: die Rentenreform etwa oder die Unruhen in Dutzenden von Städten. Doch der Präsident, der den Rücktritt hätte erwirken können, liess die Spekulationen hochkochen und vorbeiziehen. Es heisst, Emmanuel Macron lege besonderen Wert darauf, sich von niemandem seine Entscheidungen diktieren zu lassen.

Am Montag hat Élisabeth Borne ihr Amt niederlegt, offenbar auf Wunsch des Präsidenten. Dem Schritt waren wieder tagelange Spekulationen vorangegangen. Angeheizt hatte sie diesmal Macron selbst. In seiner Neujahrsansprache stellte er die «Wiederaufrüstung» des Landes in den verschiedensten Bereichen in Aussicht und bedankte sich auffallend offensiv bei der Premierministerin.

Präsident und Regierungschef bilden in Frankreich, sofern die Partei des Präsidenten auch die grösste Fraktion im Parlament stellt, ein ungleiches Duo. Der Kabinettschef lässt seine Minister die Politik des Staatsschefs ausarbeiten und verteidigt die entsprechenden Gesetze im Parlament.

Macht er den Job zu gut, stiehlt er möglicherweise dem Präsidenten die Show. Macht er ihn nicht überzeugend, so färbt das schnell auf den Staatsschef ab.

Der Fall von Élisabeth Borne ist nicht so eindeutig. Sie hat trotz fehlender Mehrheit und gegen grossen Widerstand für Emmanuel Macron wichtige Projekte umgesetzt, die Rentenreform oder das Immigrationsgesetz. Kommunikative Patzer sind keine überliefert. Trotzdem gilt sie nach rund anderthalb Jahren im Amt als «verbraucht», abgenutzt von den heftigen Debatten in der Nationalversammlung. Sie ist das Gesicht einer Regierung, die nur mit grosser Mühe Politik macht, weil sie es nur selten schafft, dafür Mehrheiten zu finden.

Eine Regierungsumbildung wird in Frankreich gemeinhin als Symbol des Neuanfangs gedeutet. Doch gerade bei einer Persönlichkeit wie Élisabeth Borne – loyal, sachlich und fleissig – drängt sich die Frage auf: Warum denn? Der Präsident setzt auf ein anderes Gesicht, das weder mit der weitherum verhassten Rentenreform noch mit den Unruhen des vergangenen Sommers oder dem verunglückten Immigrationsgesetz in Verbindung gebracht wird.

Doch auch Bornes Nachfolger Gabriel Attal wird vor einem Parlament stehen, in dem die Opposition endlich einmal Macht hat und jede Gelegenheit nutzt, die Regierung vor sich herzutreiben. Und auch er wird einen Präsidenten hinter sich

Wie ernst es
Präsident Macron
mit diesem Neuanfang ist,
weiss am Ende nur er selbst.

haben, dem nachgesagt wird, er beharre auf seiner Position und mische sich gern ins Tagesgeschäft ein.

Ein echter Neuanfang kann nur vom Präsidenten ausgehen. Macron bleiben drei weitere Jahre im Amt. In Frankreich fragen sich jetzt schon viele, was von ihm überhaupt noch zu erwarten ist. Inhaltlich will er dazu bald mehr sagen. Grundsätzlich muss das Ziel sein, den Trend zu den Extremen zu stoppen. Von dem bisweilen chaotischen Politikbetrieb der vergangenen Monate hat vor allem Marine Le Pens Rassemblement national profitiert.

Macron hat zwei Möglichkeiten. Entweder schärft er seine Politik und nähert sich noch mehr den Konservativen an, als dies ohnehin schon geschehen ist. Dies würde Attal die Parlamentsarbeit erleichtern. Es hätte aber zur Folge, dass dem Präsidenten der schon aufmuckende linke Flügel seiner Partei davonlief.

Wahrscheinlicher ist, dass er seine Politik des «Weder-links-noch-rechts» fortzusetzen versucht – im Notfall eben am Parlament vorbei. Allerdings gibt es idealere Szenarien. Dazu müsste Gabriel Attal neue Pfade der politischen Kultur betreten und aktiv Kompromisse suchen, um die Politik des Präsidenten möglichst oft mehrheitsfähig zu machen. Das müsste Macron allerdings zulassen. Wie ernst es ihm mit diesem Neuanfang ist, weiss am Ende nur der Präsident selbst.

Ausbau der erneuerbaren Energien

Umweltverbände treiben ein falsches Spiel

DAVID VONPLON

Es ist zum Haareraufen. Kurz vor dem Jahreswechsel haben mit Aqua Viva und dem Grimselverein zwei kleine Umweltvereine Beschwerde gegen eines der wichtigsten Projekte zum Ausbau der Wasserkraft eingereicht: den geplanten Stausee im Triftgebiet im Berner Oberland. Schon wieder muss ein Energieversorger seine Baupläne um Jahre zurückstellen.

Das querulatorische Verhalten der beiden Umweltvereine ist bemerkenswert. Vor drei Wochen wollten SVP und FDP kleinen Verbänden wie Aqua Viva und dem Grimselverein im Parlament das Beschwerderecht entziehen. Das Vorhaben scheiterte im Nationalrat mit nur zwei Stimmen Unterschied. Nun liefern die beiden Vereine dem Ständerat beste Argumente, diesen Entscheid zu korrigieren – und das Beschwerderecht entsprechend zu beschneiden.

Das Gebaren von Aqua Viva und Grimselverein rückt jedoch auch die grossen Umweltverbände in ein schlechtes Licht. Denn sie sind mit den beiden Kleinen eng verzahnt: Bei Aqua Viva sitzt die Präsidentin von Pro Natura, die abgewählte SP-Nationalrätin Ursula Schneider Schüttel, im Patronatskomitee. Zudem sind zwei kantonale Sektionen von Pro Natura Mitglieder bei Aqua Viva, wie

die «NZZ am Sonntag» aufzeigte. Pro Natura war denn auch über die Beschwerde bestens orientiert – machte jedoch keine Anstalten, die kleine Schwester zur Raison zu bringen.

Das nährt den Verdacht, dass Umweltverbände wie Pro Natura ein falsches Spiel treiben: In ihren Sonntagspredigten sichern sie wortreich ihren Support für die Energiewende zu und geben sich kompromissbereit. So stellten sie sich im Oktober demonstrativ hinter den Mantelerlass, der den Weg ebnen soll für den Ausbau von Solar-, Wind- und Wasserkraftanlagen, unter anderem den Trift-Speichersee. Geht es jedoch ums Konkrete, lassen sie keine Gelegenheit aus, den Bau von Energieanlagen über Jahre hinaus zu blockieren. Das ist heuchlerisch. Denn Pro Natura und der WWF haben ihre Unterschrift unter eine gemeinsame Erklärung mit Kantonen und Energieversorgern gesetzt, die verspricht, fünfzehn neue Wasserkraftprojekte voranzutreiben. Doch offenbar ist ihr Wort nicht viel wert.

Mehr noch: Die Umweltverbände sind mitverantwortlich dafür, dass der Solarexpress nicht richtig in Fahrt kommt. Im Wallis verhinderten Pro Natura und Grüne mit einem Referendum, dass für alpine Solaranlagen beschleunigte Verfahren zum Zug kommen. Im Kanton Graubünden wiederum ziehen die Kantonssektionen von Pro Natura –

häufig im Verbund mit dem WWF und der Stiftung für Landschaftsschutz – ein Powerplay auf, um den Bau von Anlagen zu unterbinden.

Vor einer Gemeindeabstimmung in Ilanz warnen die Naturschützer die örtliche Bevölkerung etwa auf Flugblättern vor dem «Solarwahn». Gründe, weshalb eine Anlage an einem bestimmten Standort besonders schädlich für die Natur ist, finden sich immer. Das eine Mal ist eine Schutzzone zu nah, das andere Mal eine Anlage zu zerfleddert, oder Lärm und Mehrverkehr sind bei der Montage zu gross. Am Schluss wird dann meist gar nichts gebaut.

So entsteht der Eindruck, dass der SVP-Bundesrat Albert Rösti bald der Einzige im politischen Umzug ist, der sich für den Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent ins Zeug legt. Seine eigene Partei, die SVP, fremdelt aus Prinzip mit erneuerbarem Strom.

Bei der FDP wiederum ist der grüne Flügel der Partei erlahmt; mittlerweile haben glühende Verfechter der Kernkraft das Sagen. Im links-grünen Lager schliesslich scheinen bei einigen Exponenten die Abwehrreflexe gegen Rösti grösser zu sein als die Unterstützung für die Energiewende. Gemeinsam mit den Umweltverbänden bilden sie den Verbund, der den Ausbau der Erneuerbaren bedroht.

So entsteht der Eindruck,
dass der SVP-Bundesrat
Albert Rösti bald der Einzige
im politischen Umzug ist,
der sich für den Ausbau
der erneuerbaren Energien
ins Zeug legt.